

Pressemitteilung

24. September 2021

Prozess Bodenwende jetzt! verstetigen

Bündnis Bodenwende kommentiert und veröffentlicht die Antworten der Parteien zu seinen Wahlprüfsteinen.

Das Bündnis Bodenwende sieht angesichts explodierender Boden- und Mietpreise und eines trotz des „30 Hektar-Ziels“ ungebremsten Flächenverbrauchs dringenden Handlungsbedarf. Deshalb hat es mit seinen „Bodenpolitischen Wahlprüfsteinen zur Bundestagswahl 2021“ eine umfassende Befragung der Parteien gestartet. Heute werden die Antworten von Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, Die Linke, FDP und SPD veröffentlicht und kommentiert.

„Wir fordern für die neue Legislatur eine Enquetekommission zur sozialen Bodenpolitik“, sagt Theresa Keilhacker, Präsidentin der Architektenkammer Berlin, „und freuen uns, dass mittlerweile ein parteiübergreifender Konsens über die Notwendigkeit einer gemeinwohlorientierten Bodenpolitik besteht.“

Ziele und Ambitionen der Parteien zur Bodenpolitik sind wie erwartet durchaus unterschiedlich: CDU/CSU und FDP betonen vor allem die Eigentumsgarantie (Art 14 Abs.1 GG) und lehnen weitere Regulierungen des Bodenmarktes als „Aushöhlung der Eigentumsrechte“ ab. Grüne und Linke sehen grundsätzlich Boden als unvermehrbares und unverzichtbares Gemeingut und halten vor dem Hintergrund der Sozialpflichtigkeit des Eigentums (Art. 14 Abs.2 GG) eine zumindest teilweise Abschöpfung leistungsloser Bodenwertgewinne durch einen Planungswertausgleich bzw. eine „Planungs-Ausgleichsabgabe“, eine Bodenwertzuwachssteuer oder eine allgemeine Vermögenssteuer für geboten. Auch die SPD will einen Planungswertausgleich im BauGB verankern oder alternativ eine Bodenwertzuwachssteuer prüfen.

Auch wenn die Antworten zum Teil durchaus tragfähige Vorschläge zu einer gemeinwohlorientierten Bodenpolitik enthalten, reichen sie angesichts der sozialen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen in Stadt und Land nicht aus. Vielmehr sehen sich die beteiligten Verbände in ihrer Forderung nach einer Enquete-Kommission zur gemeinwohlorientierten Bodenpolitik in der neuen Legislaturperiode bestärkt. Nur so lassen sich nach ihrer Ansicht Ziele und Instrumente einer gemeinwohlorientierten Bodenpolitik unter Einbeziehung von Fachleuten umfassend klären und verankern. Das Bündnis Bodenwende wird seine Arbeit auch nach der Bundestagswahl fortsetzen und seine Positionen zunächst in die Koalitionsverhandlungen einbringen.

Hintergrund: Das Bündnis Bodenwende als überparteilicher Zusammenschluss von Akademien, Kammern, Verbänden und Stiftungen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen sieht in einer gemeinwohlorientierten Bodenwende eine der wichtigsten Aufgaben für die kommende Legislaturperiode. Verfügbarkeit und Nutzung des Bodens spielen eine Schlüsselrolle für die Bewältigung der großen sozialen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen von



Wohnraumversorgung und sozialem Zusammenhalt bis zum Klima- und Artenschutz. Die Forderungen des Bündnis Bodenwende sind unter dem Titel „Bodenwende jetzt!“ im Juni 2021 veröffentlicht worden.

Mitunterzeichner und Mitunterzeichnerinnen:

AKB - Architektenkammer Berlin | AKNW - Architektenkammer NRW | ByAK – Bayerische Architektenkammer | AfA – Aktiv für Architektur | A4F - Architects for Future | BBN – Bundesverband Beruflicher Naturschutz | BDA - Bund Deutscher Architektinnen und Architekten | BDB – Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure | BDLA – Bund Deutscher Landschaftsarchitekten | BFSR - Beirat der Fachschaften für Stadt- und Raumplanung | BUND Naturschutz in Bayern | BUND - Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland | DAI - Verband Deutscher Architekten- und Ingenieurvereine | DASL – Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung | Deutscher Werkbund Bayern | DMB - Deutscher Mieterbund | Netzwerk Immobilien | SRL - Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung | Stiftung trias | Urbane Liga Alumninetzwerk | wohnbund

Kooperations- und Medienpartnerinnen: ARL - Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft | IfR - Informationskreis für Raumplanung | vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung | Bauwelt | Marlowes, eMagazin

Anlagen

Bodenpolitische Wahlprüfsteine 2021

Kommentierte Antworten der Parteien auf die Fragen des Bündnisses

Architektenkammer Berlin

Körperschaft des öffentlichen Rechts
Pressestelle Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
Alte Jakobstraße 149
10969 Berlin
T 030. 29 33 07-0
presse@ak-berlin.de
www.ak-berlin.de

